

KNAPPHEIT, ENGPÄSSE UND INFLATION: EINE AGENDA FÜR EINE ZUKUNFTSSICHERNDE ANGEBOTSPOLITIK.

Eingereicht von: Gustav A. Horn, Wirtschaftspolitischer Beirat des Parteivorstands

Seit Russlands Überfall auf die Ukraine ist die Welt ein andere. Das gilt auch für die Wirtschaftspolitik. Doch schon vor dem Überfall deutete sich ein grundlegender Wandel in den globalen Wirtschaftsbeziehungen an: Die Weltwirtschaft glitt aus einer Phase latenten Nachfragemangels in eine drängende Angebotsknappheit. Dazu haben das anhaltend störungsanfällige Wiederhochfahren der Lieferketten und das synchrone Umsteuern großer Volkswirtschaften in Richtung einer ökologischen und digitalen Transformation entscheidend beigetragen. Der Krieg gegen die Ukraine hat damit die Weltwirtschaft endgültig in eine Phase der Knappheit gestoßen.

Das gilt vor allem für Energielieferungen und Nahrungsmittel. Knappheit führt zu Preissteigerungen. Preissteigerungen führen zur Inflation, wenn sie sich gesamtwirtschaftlich durch mangelnde Ausweichreaktionen oder kompensierende Gewinn- oder Lohn-Preis-Spiralen ausbreiten. Gegenwärtig ist primär ersteres der Fall. Energie ist nicht leicht zu ersetzen und für die Produktion fast aller Güter von Belang. Hinzu kommt aber auch, dass zumindest in einigen Branchen die Gewinnmargen ausgedehnt werden, was den Preisdruck nach oben weiter verstärkt. Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die Inflationsraten fast überall dramatisch gestiegen sind. Die Kaufkraft der Konsumenten gerät unter Druck, mittlere und untere Einkommen leiden besonders. Kommen Zinserhöhungen der EZB hinzu, droht die Gefahr einer Stagflation oder schlimmer noch einer Rezession nebst Inflation.

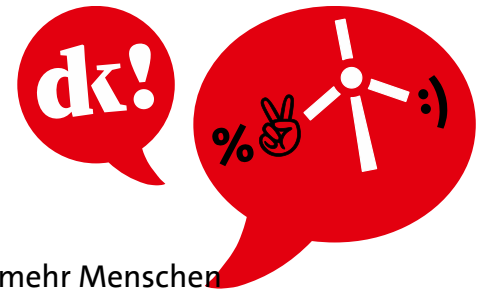
Das erzeugt Herausforderungen, denen sich alle Bereiche der Wirtschaftspolitik stellen müssen, soll nicht ein ökonomisches Desaster wie in den 1970er-Jahren entstehen, als Arbeitslosigkeit und Inflation auf damalige Rekordwerte stiegen.

Von der Nachfrage- zur Angebotspolitik

Es gilt nunmehr, ein Kurskorrektur von einer nachfrageorientierten hin zu einer angebotsorientierten Politik zu schlagen. Es muss jedoch eine Angebotspolitik sein, die Raum für den Umstieg in eine ökologische und digitalisierte Produktion schafft und zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrt. Mit anderen Worten: Es bedarf einer zukunftssichernden Angebotspolitik, die ein neues Angebot mit neuen und guten Arbeitsplätzen entstehen lässt, ohne zugleich die Nachfrage zu belasten.

Eine zukunftssichernde Angebotspolitik sollte in vier Bereichen ansetzen:

- Sie muss den ökologischen Umstieg und dabei insbesondere die Energie- und die Mobilitätswende vorantreiben.
- Sie muss die breitflächige Digitalisierung ermöglichen.
- Sie muss die Globalisierung neu gestalten.



- Sie muss den Arbeitsmarkt stärker mobilisieren, so dass mehr Menschen Chancen auf gute Arbeit erhalten.

Der Schlüssel zu den ersten beiden Zielen sind öffentliche wie private Investitionen. Hier sind erste Schritte mit dem Klimaschutz-Fonds und den Beschleunigungspaketen für die Umsetzung von Investitionen in erneuerbare Energien bereits getan oder unterwegs. Auch sind bereits starke Anreize für private Investitionen durch die CO₂-Bepreisung und die regulativen Maßnahmen zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern gesetzt. Die Digitalisierung wird bereits durch eine Vielzahl von Programmen unterstützt. Generell geht es darum, dass eine neue Angebotspolitik das Angebot an den zukunftssträchtigen Gütern einer ökologischen und digitalen Wirtschaft schnellstmöglich erhöht (Krebs 2021, Weber 2022.). Diese Angebotspolitik muss sich zudem den veränderten globalen Verhältnissen stellen. Das Zeitalter naiver globaler Handelsbeziehungen ist vorbei. Es geht nicht mehr nur darum, möglichst günstig an einem beliebigen Ort auf der Welt zu produzieren, sondern auch um die politische und wirtschaftliche Sicherheit dieser Produktion (Horn 2022, Posener 2022). Deutschland muss den Aufbau einer europäischen Resilienzgemeinschaft mitgestalten, in der Handel auch auf gemeinsamen politischen sozialen Werten begründet ist (Stiglitz 2022). Handel wird dann nach diesen Werten präferiert oder diskriminiert. Das führt zwar nicht zu einer Expansion der gehandelten Mengen, aber es macht den Handel sicherer, in dem das Angebot besser vor krisenbedingten oder politisch erpressten Engpässen geschützt wird und damit Zustände, wie wir sie derzeit erleben, eher vermieden werden können. In Deutschland sollte eine zukunftsichernde Angebotspolitik vor allem auf dem Arbeitsmarkt das Angebot an Arbeit steigern und damit neue Produktionsmöglichkeiten zu erschließen helfen (Sigl-Glückner und Weber 2022). Verbesserte Beschäftigungschancen für Frauen und eine verstärkte Integration von Geflüchteten und Zuwandernden sind nur zwei Felder, auf denen sich noch mehr Arbeit mobilisieren lässt. Die Übergänge aus der Langzeitarbeitslosigkeit (ALG II) lassen sich ebenfalls beschäftigungsfreundlicher gestalten. Mit einem erhöhten Arbeitsangebot lässt sich in der Folge mehr produzieren.

Expansive statt konventionelle Angebotspolitik

Mit diesem Bündel an expansiver Angebotspolitik lässt sich die aktuelle Inflation an ihren Wurzeln bekämpfen. Denn es ist der Mangel an zukunftssträchtigen Gütern, die teilweise politisch motivierten Engpässe im globalen Güterhandel und der Mangel an geeigneten Arbeitskräften, der die Preise derzeit nach oben treibt. Gegen diesen Mangel hilft auf Dauer nur, das entsprechende Angebot spürbar auszuweiten. Dies wiederum kann nur gelingen, wenn die Investitionen in diesen Bereichen massiv steigen – und nicht sinken. Das genau ist die Gefahr einer konventionellen Angebotspolitik wie sie derzeit vom Bundesfinanzministerium vorgeschlagen wird (BMF 2022). Hier wird versucht, die Inflation durch eine restriktive Ausgabenpolitik des Staates, niedrige Lohnsteigerungen und hohe Zinsen seitens der Geldpolitik unter Kontrolle zu bringen. Ein solches Vorgehen, bei dem die gesamtwirtschaftliche

Klimagerechte Wirtschaft



Nachfrage gedämpft wird, geht im Zweifel zu Lasten der privaten wie öffentlichen Investitionen sowie des sozialen Zusammenhalts. Dies würde den Weg in die digitale und ökologische Zukunft gefährden, und es gefährdet die Resilienz unserer Volkswirtschaft (Kurz 2022). Eine zukunftssichernde Angebotspolitik ist unerlässlich, will man den schwierigen Herausforderungen nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine gerecht werden. Ohne den Handel mit Russland ist auch die deutsche Volkswirtschaft zumindest kurzfristig ärmer geworden. Ziel dieser Wirtschaftspolitik sollte es daher sein, diesen Verlust an Wohlstand fair zu verteilen. Weder die Beschäftigten noch die Rentner noch die Empfänger von Sozialleistungen sollten mit dieser Bürde steigender Preise allein gelassen werden, während einzelne Unternehmen ihre Gewinne ausdehnen. Es gilt eine faire Verteilung der Lasten zu finden. Mehr kann man in einer Zeit kriegerischer Auseinandersetzungen mit Wohlstandsverlusten ohnehin nicht erwarten.

In der kommenden Zeit, die gewaltige Investitionen in alle Bereiche des ökologischen und digitalen Wandels erfordert, wird auch der Wohlstand wieder zunehmen, und die Welt sich hoffentlich wieder ein wenig aus den Zwängen der Knappheit lösen können.